

Medieninformation

Kontakt

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Landesverband Niedersachsen/Bremen
Kabelkamp 5, 30179 Hannover
Telefon 0511 67896-789
Mobil 0151 16219515
medien.nb@johanniter.de

Freitag, 6. August 2010

Seite 1

Besuch bei „Dorothea“ im GILDE CARRÉ

Politiker informieren sich vor Ort über ambulant betreute Wohngemeinschaften

Hannover ■ „Betreute Wohngemeinschaften sind das Modell der Zukunft“, so Edelgard Bulmahn, Bundesministerin a.D., nach einem Besuch in der ambulant betreuten Wohngemeinschaft „Dorothea“, einem Gemeinschaftsprojekt der Johanniter mit der OSTLAND Wohnungsgenossenschaft im GILDE CARRÉ Hannover-Linden. Auch Marco Brunotte, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bereich Wohnungs- und Baupolitik und SPD-Landtagsmitglied und Ratsherr Stefan Politze informierten sich am 5. August direkt vor Ort, wie der Alltag in einer ambulant betreuten WG aussieht.

Anlass des Besuches war die Entwurfsvorlage der Niedersächsischen Landesregierung für ein Gesetz zum Schutze von Heimbewohnern (HeimbewSchutzG), das in der geplanten Form gravierende Auswirkungen bei ambulant betreuten Wohngemeinschaften haben könnte.

„Eine betreute Wohngemeinschaft (WG) bietet Menschen mit Behinderungen oder altersbedingten Erkrankungen wie beispielsweise Demenz die Gelegenheit, in einem festen sozialen Gefüge zu leben und den jeweiligen Möglichkeiten entsprechend aktiv am WG-Alltag teilzuhaben. So lange wie möglich selbstbestimmt leben, zusammen die vielen Dinge im Tagesablauf bewältigen und auch die Freizeit gemeinsam gestalten: Eine Wohngemeinschaft steht für die meisten Menschen ganz oben auf der Wunschliste, wenn sie sich mit dem Gedanken an andere Wohnformen im Falle notwendig werdender Unterstützung beschäftigen müssen“, erläuterte Silvana Radicione, Landesvorstand der Johanniter in Niedersachsen/Bremen.

Dieter Musielak, Vorstandsvorsitzender der OSTLAND Wohnungsgenossenschaft a.D. und Nachfolger Andreas Wahl begrüßten die Gäste im GILDE CARRÉ und Rechtsanwältin Anja Möwisch erläuterte die Hintergründe und Kontroversen des Gesetzentwurfes.